

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Bezugspreis:
 Vierteljahr 4.50 Mk., monatlich 1.50 Mk.
 (bei ins Haus, vorauszahlung, Einzelnummern 10 Pf., Vorkosten: Monats- und 1.50 Mk. Unter Kreuzband für Teutonia und Ostereisen-Ungarn 2.— Mk., für das übrige Ausland 4.50 Mk. monatlich, Versand ins Reich bei direkter Bestellung monatlich 1.50 Mk.)
 Postbestellungen nehmen an: Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden und die Schweiz, Vorkosten in die Post-Zeitungs-Preliste.
 Erscheint täglich.
 Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Der Anzeigenpreis
 beträgt die in beifolgender Preiskolonnen 60 Pf. „Kleine Anzeigen“, das fertige Wort 10 Pf., (aus- schließlich 2 fertige Worte), jedes weitere Wort 10 Pf., Stellenanzeigen und Stellenanzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf., Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte, Leihanzeigen 50 Pf., Familien-Anzeigen 50 Pf., politische u. gewerkschaftliche Betriebs-Anzeigen 40 Pf., die Zeile, Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmitt. im Hauptgesch. Berlin, E. B. G., Lindenstraße 3, ab- gegeben werden, Gebühren von 9 Uhr früh bis 7 Uhr abends.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. Montag, den 14. Januar 1918. Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97.

Krisengerüchte.

Die Ankunft einiger vielgenannter Persönlichkeiten in Berlin und die Tatsache, daß eine Konferenz abgehalten wurde, die man nicht ganz richtig als „Kronrat“ bezeichnet, hat das Aufschwimmen zahlreicher erregender Gerüchte zur Folge gehabt. Man erzählt sich, daß der Kurs der äußeren wie der inneren Politik eine ganz plötzliche Schwän- lung erfahren soll, daß Kühlmann infolgedessen gehen und Gerling nicht mehr lange bleiben werde. Welcher Art die Richtung ist, der man den Sieg zuspricht, braucht kaum noch näher gesagt zu werden. Es handelt sich um die Aufstellung eines hüllen- und lückenlosen Kon- zessionsprogramms in Ost und West und um die sich daraus von selbst ergebenden innerpolitischen Konse- quenzen.

Es besteht in diesem Augenblick keine Möglichkeit, diese Gerüchte nachzuprüfen, sie sind wahrscheinlich zum mindesten verfrüht. Doch sie aber auftauchen und geplärrt werden konnten, ist ein Zeichen der Zeit, an dem man nicht achtlos vorübergehen kann. Denn es würde sich dabei um eine fundamentale Veränderung unserer poli- tischen Verhältnisse handeln, die auch auf die Ar- beiterklasse mächtig zurückwirken und sie über kurz oder lang vor die Notwendigkeit neuer Entschlüsse stellen würde.

Fürs erste ist der Zustand der tiefgreifenden politischen Unsicherheit und Zerfahrenheit zu beklagen, der wieder einmal eingerissen ist. Man wird nicht wieder, wie bei der Michaels-Krise, die Demokratie und besonders die Sozial- demokratie beschuldigen können, daß sie diesen Zustand herbei- geführt habe. Die Zusammenhänge liegen diesmal zu klar zutage.

Mit der Bildung einer festen Reichstagsmehrheit schien ein Zug der Festigkeit und Stabilität in unsere Verhältnisse zu kommen, der auf die allgemeine Volkstimmung stärkend wirkte. Wir wissen nicht, wieviel von diesem wertvollen Kapi- tal noch vorhanden ist, aber wir wissen genau, wer — ohne Rücksicht auf die unabwehrbaren Folgen — es zu vertun und zu verwüsten mit allen Kräften bestrebt ist. Das sind die Al- leudischen und die Vaterlandspartei.

Hoffentlich läßt die Aufklärung über die Vorgänge der letzten Tage nun nicht lange mehr auf sich warten. Das Volk will doch wenigstens wissen, woran es ist!

Brest-Litowsk.

Die Gleichberechtigung der Ukrainer bei den Friedensverhandlungen.

Nachmittags, Brest-Litowsk, 12. Januar. Zu Beginn der heutigen Plenarsitzung, welche um 11 Uhr 30 Minuten vormittags eröffnet wurde, gab der Vorsitzende, Graf Czernin, folgende Erklärung ab:

Zu der Plenarsitzung am 10. d. Mts. hat der Herr Staatssekre- tär der ukrainischen Volksrepublik den Delegationen der vier ver- bündeten Mächte die Note des Generalsekretariats der ukrainischen Volksrepublik vom 11. M. Dezember 1917, Nummer 720, übergeben. Diese Note enthielt unter Punkt 7 die Erklärung, daß die durch das Generalsekretariat vertretene ukrai- nische Volksrepublik in vollen rechtlichen Angelegenheiten selb- ständig auftritt und daß sie gleich den übrigen Mäch- ten an allen Friedensverhandlungen, Konferenzen und Kongressen teilzunehmen wünsche.

In Erwiderung hierauf beehrte ich mich im Namen der Delega- tionen der vier verbündeten Mächte nachstehendes zu erklären:

„Wir erkennen die ukrainische Delegation als selbständige Delegation und als bevollmächtigte Vertretung der selbständigen ukrainischen Volksrepublik an. Die formelle Anerkennung der ukrainischen Volksrepublik als selb- ständiger Staat durch die vier verbündeten Mächte bleibt dem Fried- ensvertrage vorbehalten.“

Herr Trojki, welcher sich hierauf das Wort erbat, führte folgendes aus:

„Im Zusammenhange mit der soeben in der Erklärung der Delegationen des Vierbundes behandelten Frage erachte ich es für notwendig, zum Zwecke der Information und behufs Beseitigung möglicher Mißverständnisse folgende Erklärung abzugeben: Diejenigen Konflikte, welche sich zwischen der russi- schen Regierung und dem Generalsekretariat er- geben haben und deren tatsächliche Seiten mehr oder weniger allen Anwesenden bekannt sind, hatten und haben keinen Zusam- menhang mit der Frage der Selbstbestimmung des ukrainischen Volkes.“

Sie sind durch die Widersprüche zwischen der Politik der Sowjets der Volkskommissare und des Generalsekretariats ent- standen, Widersprüche, die ihren Ausdruck erhalten sowohl auf dem Territorium der Ukraine wie auch außerhalb ihrer Grenzen. Was nun die faktisch vor sich gehende Selbstbestimmung der Ukraine in Gestalt einer Volksrepublik anbetrifft, so kann dieser Vorgang keinen Raum für Konflikte zwischen den beiden Bruderrepubliken geben. In Anbetracht dessen, daß es in der Ukraine keine Kontraktionsgruppen gibt, daß das politische Leben dort frei verläuft, daß es dort weder mittelalterliche Ständeborgern gibt, die das Land repräsentieren wollen, noch von oben auf Grund der Nachstellung ernannte Schein- ministerien, die innerhalb der Grenzen handeln, die ihnen von oben eingeräumt werden, in Betracht ziehend, daß auf dem Territorium der Ukraine überall freigeschaltete Sowjets der Arbeiter, Soldaten- und Generevolutierten existieren, und daß bei der Wahl aller Organe der Selbstverwaltung das Prinzip des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts angewandt wird, gibt es und kann es keinen Zweifel geben, daß der Prozeß der Selbst- bestimmung der Ukraine in den geographischen Grenzen und in den staatlichen Formen, die dem Willen des ukrainischen Staates entsprechen, seine Vollenendung finden wird. In Anbetracht des Vorstehen- den und in Übereinstimmung mit der in der Sitzung vom 10. Ja- nuar abgegebenen Erklärung sieht die russische Delegation keinerlei Hindernisse für eine selbständige Teilnahme der Delegation des Generalsekretariats an den Friedensverhandlungen.“

Der ukrainische Staatssekretär Golubowytsch erklärte hierauf, die Deklaration der vier verbündeten Mächte zur Kenntnis zu nehmen. Auf Grund derselben werde seine Dele- gation an den Friedensverhandlungen teilnehmen.

General Hoffmann, welcher hierauf das Wort er- griff, bemerkte, er habe aus der Antwort des Vorsitzenden der Petersburger Delegation auf seinen Protest ersehen, daß Herr Trojki nicht verstanden habe, warum die von ihm

beanspruchten Forderungen und Veröffentlichungen

gegen den Geist des Waffenstillstandes ver- stoßen. Am Kopf des Waffenstillstandsvertrages standen die Worte „Für Herbeiführung eines dauerhaften Fried- ens“. Die russische Propaganda verstoße hier- gegen, weil sie nicht einen dauerhaften Frieden anstrebe, sondern Revolution und Bürgerkrieg in unsere Länder tragen möchte.

In seiner Antwort verwies der Vorsitzende der russischen Delegation darauf, daß die gesamte deutsche Presse in Russland zugelassen sei, und zwar auch jene, welche den Ansichten der russischen reaktionären Kreise entspreche und die dem Standpunkte der Regierung der Volkskommissare zuwiderlaufe. Es herrsche also vollkommene Parität in dieser Sache, die mit dem Waffenstillstandsver- trage nichts zu tun habe.

General Hoffmann replizierte hierauf, daß sein Pro- test sich nicht gegen die russische Presse gerichtet habe, son- dern gegen offizielle Regierungsaussagen und offizielle Propagandatätigkeit, die mit der Unterzeichnung des Oberkommandierenden Kry- lenko verheeren sei. Der Oberbefehlshaber Ost und der Staatssekretär des Neuhern betrieben keine analoge Pro- paganda.

Herr Trojki erwiderte hierauf, daß die Bedin- gungen des Waffenstillstandsvertrages keine Beschränkung für die Äußerung der Meinung der Bürger der russischen Republik oder ihrer regierenden oder leitenden Kreise enthielten oder enthalten könnten.

Staatssekretär von Kühlmann stellte zu den Bemerkungen des Vorsitzenden der russischen Delegation fest, daß die Nichtteilnahme in die russischen Ver- hältnisse ein feststehender Grundlag der deutschen Regierung sei, der aber natürlich volle Gegenseitigkeit erheische.

Herr Trojki entgegnete, die Parteien, die der russi- schen Regierung angehören, würden es als einen Schritt vorwärts anerkennen, wenn die deutsche Regierung sich frei und offenkundig über ihre Ansichten bezüglich der inneren Verhältnisse äußere, inso- fern sie dies für notwendig erachteten würde.

Hierauf wurde die Sitzung geschlossen.

Caillaux und Clemenceau.

Genf, 13. Januar. Die „Humanité“ prote- stiert energisch gegen die bevorstehende Verhaftung Caillaux, dessen Anwesenheit in der Kammer Herrn Clemenceau nur unangenehm sei.

Die Reichstagsersatzwahl in Niederbarnim.

Die sozialdemokratische Wahlvereinsversammlung für Niederbarnim hat am gestrigen Sonntag als die einzige zu- ständige Körperschaft einstimmig den Genossen Rudolf Wissell zum Kandidaten der sozialdemokratischen Partei für die bevorstehende Reichstagsersatzwahl in Niederbarnim gewählt. Nun gilt es, alle Kräfte dafür einzusetzen, daß der Kandidat der Partei auch Abgeordneter des Reiches wird.

Bei der letzten Wahl im Januar 1912 wurden für den Kandidaten der sozialdemokratischen Partei, den verstorbenen Vertreter des Kreises, Artur Stöckhagen, 92 539 Stimmen abgegeben. Die Reichspartei erzielte 20 078 Stimmen, der Fortschritt 13 501, das Zentrum 2394 Stimmen. Der Sozial- demokrat ging also in diesem Berlin nördlich vorgelagerten Kreiswahlkreis mit ungeheurer Mehrheit durchs Ziel.

Somit läge auch für die Ersatzwahl, an der sich die bür- gerlichen Parteien angesichts der Ausichtslosigkeit ihrer Be- mühnungen kaum beteiligen werden, die Sache vollkommen klar, wenn nicht inzwischen die ungelagte Zerreißen der Arbeiterbewegung eingetreten wäre. Ein Teil der Mitglieder der Reichstagsfraktion glaubte Gründe zu haben, mit der Haltung der Gesamtpartei während des Krieges un- zufrieden zu sein; statt aber in der Partei weiter zu wirken, brach er in der Erregung, die durch die Kriegswirren ver- urtacht wurde, die Disziplin und ging mit gelobderten Ab- stimmungen und Erklärungen vor. So entstand die von allen aufrichtigen Freunden der Arbeiterbewegung tief beklagte Spaltung.

Die Unabhängigen betrachten Berlin als ihre Domäne, und sie werden nach ihren Anführungen nicht davon zurücktreten, dem Kandidaten der sozialdemokratischen Partei einen Gegenkandidaten entgegenzustellen. Diese Zerplitterungskandidatur muß im Interesse der Ein- heit der Arbeiterbewegung auf das entschiedenste bekämpft werden.

Mancher mag sich im ersten Augenblick fragen: Da in Niederbarnim ohnehin doch nur ein Sozialist gewählt werden kann, ist es verhältnismäßig gleichgültig, ob nun Genosse Wissell oder ein unabhängiger Gegenkandidat gewählt wird. Und da der Unabhängige gemeinsam als Vertreter der „wür- digersten Tonart“ gilt, mag mancher, der über die grünenhaften Zustände des Krieges im tiefsten Herzen erbittert ist, geneigt sein, diesem seine Stimme zu geben.

Das wäre aber doch ein höchst kurzfristiges Verhalten. Denn was dem so Denker in Niederbarnim als ein ver- hältnismäßig ungefährliches Experiment erscheint, das ist anderwärts eine große Gefahr. Wenn es dazu käme, daß bei den nächsten allgemeinen Wahlen an vielen Orten den sozial- demokratischen Bewerbern unabhängige Gegenkandidaten ent- gegengestellt würden, und wenn diese eine beträchtliche Stim- menzahl erhielten, so wären zulezt weder die Sozialdemo- kraten noch die Unabhängigen, sondern die bürgerlichen Ge- gner der Arbeiterklasse, die Feinde des Sozialismus, der gewinnende Teil. Darum wäre es ein Schlag gegen die Ar- beiterbewegung selbst, wenn die Arbeiterwähler von Nieder- barnim durch ihr Verhalten den Arbeiterzerplitterern nur machen würden. Jede Stimme, die für Wissell abgegeben wird, wird eine Stimme für die Wiederherstellung der Einheit sein!

Wir verkennen nicht, und wir bedauern es, daß unsere Gegner in Niederbarnim in mancher Beziehung Wind und Sonne gegen sich haben. Vor allem, ihnen fehlt ein täglich erscheinendes Organ. Aber es muß daran erinnert werden, daß die sozialdemokratische Partei selbst be- reit war, den Unabhängigen ein solches Organ zu schaffen, und daß es die Unabhängigen waren, die in unbegreiflicher Verblendung diesen Plan hinter- trieben. Im Herbst 1916 schlug der Parteivorstand den schon im Auseinandergehen begriffenen Parteien vor, den „Vor- wärt“ unter sich zu teilen. An Stelle des „Vorwärts“ sollten zwei Tageszeitungen erscheinen, von denen eine das Organ der Gesamtpartei, die andere das Organ der mit der Haltung der Gesamtpartei unzufriedenen Berliner sein sollte. Wären diese damals auf den Vorschlag eingegangen, so hätten sie heute die auch uns erwünschte Gelegenheit, ihre von der unseren abweichende Meinung in einem täglichen Blatt ver- teilt zu können. Unverständlicherweise haben sie es nicht getan.

Möge es nun wenigstens gelingen, den unvermeidlich getordenen Kampf ohne persönliche Gefälligkeit sachlich zu führen. Leider müssen wir nach dem bisher Erlebten unsere Hoffnungen in dieser Beziehung etwas niedrig spannen, doch soll es uns freuen, wenn wir angenehm enttäuscht werden. Der

sozialdemokratische Kandidat, Genosse Wissell, war sein Leben lang ein entschiedener Vertreter der Arbeiterinteressen, und als solcher steht er mit seiner Überzeugung auf dem Standpunkt, daß sich die Interessen der Arbeiterklasse von denen des Gesamtvolkes in einem Weltkrieg nicht trennen lassen, sondern daß auch die Arbeiterklasse an der Verteidigung des Landes mitinteressiert ist. Für den raschen Abschluß des Massenmordens und gegen seine Verlängerung durch Annexionspläne tritt er mit uns mit der gleichen Entschiedenheit ein.

Wenn die Wähler von Niederbarnim unserem Genossen Wissell ihre Stimme geben werden, so werden sie damit dieses Programm unterschreiben und sein anderes. Es ist ein Programm, das im Sinne unseres Würtzburger Parteitag den Klassenkampf des Proletariats nicht aufgibt und auf die hohen Ziele des Sozialismus nicht nur nicht verzichtet, sondern vielmehr in tatkräftigem Kampfe ihnen entgegenstrebt. Wir sind fest davon überzeugt, daß wir damit auf dem richtigen Wege sind und daß die anderen sich auf dem falschen befinden.

Aber wichtiger noch als dieser Meinungsstreit ist die Geschlossenheit der Bewegung. Sie aufrechtzuerhalten, wo sie gestört ist, sie wiederherzustellen, das ist die wichtigste Aufgabe. Rudolf Wissell ist der Kandidat der sozialdemokratischen Gesamtpartei und kein anderer. In diesem Sinn treten wir in den beginnenden Wahlkampf ein, der unerfreulich sein, aber doch dem Wohl der Arbeiterbewegung dienen wird, wenn der erstrebte Erfolg erreicht wird.

Rudolf Wissell.

Der Kandidat der sozialdemokratischen Partei im Reichstagswahlkreis Niederbarnim, Arbeitersekretär Rudolf Wissell, ist am 8. März 1869 in Wittingen geboren. Er wurde Metallarbeiter und blieb als solcher tätig, bis ihm seine Gewerkschaftsleiterarbeit in das Arbeitersekretariat in Lübeck beriefen, das er bis 1908 innehatte. Im Jahre 1906 wurde Genosse Wissell in die Lübecker Bürgerschaft gewählt, er hatte also im Rahmen dieses freistaatlichen Geseßgebungsorgans schon Gelegenheit, parlamentarische Erfahrungen zu sammeln. Seit 1908 ist Genosse Wissell Arbeitersekretär im Zentralarbeitersekretariat in Berlin. Als Redner in Partei- und Gewerkschaftsversammlungen ist er seitdem vielen Berliner Genossen bekannt geworden.

Wiel genannt wurde dann sein Name, als er auf dem Würtzburger Parteitag als Referent über die Sozialpolitik nach dem Kriege herabtrat. Sein schriftlich ausgearbeitetes und mündlich von ihm vertretenes Referat fand allgemeine Anerkennung. Eine frühere schriftstellerische Arbeit Wissells ist „Die Unfallversicherung in der Reichsversicherungsordnung“ (1912).

Auch dem Redaktionsstab des „Vorwärts“ gehört Genosse Wissell an. Er bearbeitet hier soziale und Arbeiterrechtfragen.

Pichon und die Sozialisten.

Wilson's Programm und die französischen Regierungsvorschläge.

Die Rede Pichons hat, wie aus Genf gemeldet wird, in sozialistischen Kreisen äußerst verstimmt, da trotz aller Versicherungen Pichons doch ein tiefer Zwiespalt zwischen dem Programm Wilsons und den französischen Regierungserklärungen besteht und weder in der russischen Frage noch in dem Problem der künftigen Völkergemeinschaft eine Übereinstimmung festzustellen sei. Renaudel erklärte nach der „Humanité“ in der Kammer, daß die Regierungspolitik dem Programm Wilsons vollständig widerspreche. Die Minorität von 118 Stimmen, worunter sich viele radikale Stimmen befinden, ruft in Regierungskreisen erste Besorgnisse hervor, da nach mancherlei früheren Anzeichen nur wenige Modifikationen für Clemenceau stimmen werden. Dadurch würde, wie der „Temps“ bestärkt, die Opposition weiter sehr wesentlich gestärkt.

Aus der Rede Pichons und aus der Debatte über die diplomatische Kriegführung wird noch folgendes mitgeteilt: Neben mir somit fast bei den mit unseren Verbündeten getroffenen Verhandlungen. Wir haben solche mit Italien, Serbien, Rumänien und mit mehreren anderen unserer Alliierten, und um nichts in der Welt werden wir sie brechen. Wir müssen schließlich fest bleiben in den Linien, die wir uns gezogen haben in unserem gemeinsamen Willen, uns gegenseitig zu unterstützen. Man spricht von einer gemeinsamen Note. Denken Sie doch daran, daß es gegenwärtig nicht weniger als

Artillerietätigkeit und Teilvorstöße an der französischen Front — Zahlreiche Luftkämpfe

Kamtlich. Großes Hauptquartier, 13. Januar 1918. (W. Z. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Seereschutzgruppe Kronprinz Rupprecht. Deßlich und nördlich von Armentières sowie in der Gegend von Lens war die englische Artillerietätigkeit tagüber rege; auch in den anderen Abschnitten lebte sie vorübergehend auf.

Seereschutzgruppe Deutscher Kronprinz.

Au vielen Stellen der Front Artilleriekampf. Stärkere französische Abteilungen, die nördlich von Reims, in der Champagne und nördlich von Avocourt zur Erkundung vorstießen, wurden im Nahkampf zurückgeworfen. Südwestlich von Ornes brachte ein eigenes Unternehmen Gefangene ein.

Seereschutzgruppe Herzog Albrecht.

Auf den Westlichen Marschhöfen und in den mittleren Abschnitten zeitweilig erhöhte Feuerleistung.

In zahlreichen Luftkämpfen wurden gestern sechs feindliche Flugzeuge und drei Zerstörer abgeschossen.

Deßlicher Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

Au der

Mazedonischen und Italienischen Front ist die Lage unverändert.

Der Erste Generalquartiermeister, Ludendorff.

Abendbericht.

Berlin, 13. Januar 1918, abends. Kamtlich. Von den Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der österreichische Bericht.

Wien, 13. Januar. Kamtlich wird verlautbart: Weiderseits der Brenta nahm das Artilleriefener vorübergehend an Stärke zu. Der Chef des Generalstabes.

17 Mächte gibt, die sich im Kriege gegen Deutschland befinden. Ist es notwendig, sie alle einzuladen, ihre Kriegsziele für die Befreiung der Menschheit aufs neue zu formulieren, oder soll eine Auswahl unter ihnen getroffen werden, oder soll man sie schließlich vor der Stunde, in der dies notwendig sein wird, noch vereinigen zu einer Art von

Vor-Friedenskonferenz?

Glauben Sie mir, daß es sich hier um etwas anderes als um Wortklauberei handelt und daß es im Augenblick nur darauf ankommt, daß wir alle im Grunde einig sind, wie selbst Albert Thomas anerkannt hat in seinem Artikel in der „Humanité“, der aus London vom 6. Januar datiert ist.

Albert Thomas rief dazu: Ich habe meinen Artikel unter dem Einfluß der Erklärungen Lloyd Georges geschrieben, bevor die Note des Präsidenten Wilson erschienen war. Heute stehen wir den Erklärungen Lloyd Georges und den 14 Artikeln des Präsidenten Wilson gegenüber. Der Augenblick erscheint also gekommen zu sein, zu erwägen, ob man gemeinsame Erklärungen abgeben kann. Clemenceau: Das ist gerade, was wir vorschlagen haben.

Kristine Briand: Ich wurde in einem Augenblick des Krieges, wo die Umstände schwierig waren, berufen, um im Namen der Alliierten Wilson zu antworten. Es war davon im Laufe dieser Debatte die Rede. Diese Antwort war schwierig abzugeben. Wir dachten, daß man zu dem Präsidenten der großen Republik der Vereinigten Staaten Vertrauen haben müsse. Wir redigierten unsere Kriegsziele im Einklang mit den damaligen Umständen und den Bedürfnissen des Augenblicks. Man kann heute sagen: „Gewisse Vereinbarungen wären besser nicht getroffen worden“, aber bedenken Sie, daß, wenn gewisse Vereinbarungen unter dem Druck der Stunde nicht getroffen worden wären, heute vielleicht die Frage nach dem Erfolg Frankreichs sich nicht mehr würde haben stellen lassen, weil es dann auf den Schlachtfeldern isoliert geblieben wäre gegenüber seinem Angreifer. Die Hauptsache war, alle befreundeten Kräfte gegen den gemeinsamen Feind zusammenzuführen. Das Vertrauen, das wir dem Präsi-

den Wilson schenken, erlaubte ihm, sich mit den Dokumenten in der Hand wieder an die Mittelmächte zu wenden, die vom Frieden gesprochen hatten, ohne irgend etwas Genanntes zu formulieren, und ihnen zu sagen: Hier habe ich das, was Frankreich und seine Alliierten mir als eure Pläne übermitteln haben. Die Mittelmächte haben nicht geantwortet. Und die Vereinigten Staaten wußten nun, auf welcher Seite guter Glaube war. (Beifall.) Ich behaupte, daß die unter diesen Bedingungen abgefaßte Note den Interessen Frankreichs dienlich. (Beifall auf zahlreichen Banken.)

Pichon nahm hierauf wieder das Wort: Mein Freund Briand wird mir bezeugen, daß ich keine Kritik an der Note des Präsidenten Wilson geübt habe. Albert Thomas macht uns einen weiteren Vorwurf. Wir hätten, sagt er, nicht wie die Engländer eine Gegenoffensive als Antwort auf die Verhandlungen in Brest-Litowsk unternommen. Es ist dennoch eine solche, wenn wir von dem Augenblick an, in dem wir von den Vorschlägen Deutschlands an Rußland erfuhren, gesagt haben, daß sie uns keinen einzigen Augenblick aufhalten würden. Seitdem ist es klar geworden, daß Deutschland, während es der Form halber den Grundsat eines Friedens ohne Annexionen proklamierte, es verhandelt, die von ihm eroberten Gebiete zu behalten. Es würde also, um zu beginnen, Polen, Litauen, Kurland, Estland und Libland behalten, deren Bevölkerung sich, wie es behauptet, bereits ausgesprochen hat. Der große Jörn der Maximalisten gegen die deutschen Bevollmächtigten hat sich beruhigt. Es scheint gegenwärtig, daß Anzughäufigkeiten zwischen Kühlmann und Czernin einerseits und den maximalistischen Delegierten andererseits ausgetauscht werden. Wird der Friede geschlossen werden? Ob nun Deutschland ihn schließt, oder ob es beim Waffenstillstand bleibt — es wird sich um die Lösung der Frage gegen uns bemühen können, die der russische Abfall seiner Entscheidung anheimgelassen hat. Es würde unklug, sich von der Festigkeit maximalistischen Geistes und von den Drohungen mit einem revolutionären Krieg bestechen zu lassen. Es ist besser, dem Schlimmsten zuvorzukommen. Folgendermaßen stellt sich also

die Lage

dar: Einerseits haben die alliierten Länder durch ihre Regierungen bekanntgegeben, daß die Grundzüge eines dauerhaften und gerechten Friedens, den sie erstreben, Gleichberechtigung, Freiheit, Unabhängigkeit, das Recht auf Wiedergutmachung der erlittenen Schäden und die Schaffung bestimmter Einrichtungen zur Verhinderung einer Wiederholung des Krieges sind. Sie haben sich in aller Form bereit erklärt, untereinander die Vorschläge zu prüfen, die ihnen von ihren Gegnern etwa gemacht werden würden.

Renaudel bestand auf der Frage betreffend eine gemeinsame Erklärung der Alliierten und betonte die Notwendigkeit, vor allem die Gerechtigkeit der Sache Frankreichs zu verstanden. Er schloß mit der Forderung auf Zusammentritt einer Konferenz der Alliierten zur Abfassung einer gemeinsamen Erklärung.

Die Kammer nahm darauf, wie bereits gemeldet, mit 377 gegen 113 Stimmen die Priorität zugunsten einer Tagesordnung Augusteur an, die von der Regierung angenommen war, in der es heißt:

Die Kammer billigt die Erklärungen der Regierung, vertraut darauf, daß sie durch energische Fortsetzung des Krieges die vollständige Wiedergutmachung des Mißbrauchs der Gewalt, Herstellung einer Herrschaft der Gerechtigkeit in den internationalen Beziehungen und den Triumph der Demokratie weiter erstreben wird, und geht zur Tagesordnung über.

Diese Tagesordnung wurde durch Handaufheben angenommen und darauf die Sitzung geschlossen.

Italien und die Kriegsziel-Kundgebungen der Entente.

Zurati, der Führer der offiziellen Sozialisten, erklärte einem Mitarbeiter der „Epoca“, an den Ausführungen Lloyd Georges sei das Bedauern, daß sie ein Ausdruck der seit kurzem in England eingetretenen Stimmung sei, die die Notwendigkeit eines baldigen Wiederaufbaus des Friedens einsehe. Zurati hofft, die italienische Regierung werde sich bald zu ähnlichen Erklärungen bereit finden.

Ant „Avanti“ bedeutet die offizielle sozialistische Kammergruppe anlässlich der Rede Lloyd Georges und Wilsons bei der Regierung einen früheren Zusammentritt des Parlaments zu beantragen. In der letzten Session war die neue Sitzung für den 7. Februar angesetzt worden.

Das Klingler-Quartett in der Volkshöhle.

Beethoven-Konzert.

Ein Konzert aus Beethovens Kammerstücken! Wir sind gewohnt, den Menschen, respektive die Beweggründe seiner Handlungen in der Umwelt seines Lebenswandlungs und Reisens zu suchen. Ist dieser Mensch noch hierzu eine Künstlernatur, so wird, da ihm ein Gott gab, zu sagen, was ihn freute und was er leidete, jenes Umwelt erleben mehr oder weniger erkennbar, mehr oder minder intensiv bei der Gestaltung neuer Wertschöpfungen beteiligt sein. Den Schlüssel für die Streichquartette Opus 18 Nr. 4 und Opus 74 bilden also gewissermaßen die Zeit, aber auch die besonderen Begleitumstände, darunter sie existieren sind. Das erstere Werk inmitten der sechs Quartette, in denen Beethoven zufolge seiner Absicht einem Verein von Freunden seiner Kunst wahre Gefänge der Seele wie Bilder des sprudelndsten Lebens bot, wurde jedenfalls noch vor 1801 entworfen, nicht lange also nach jener verhängnisvollen Erklärung, die ihm völlige Taubheit, den auf so schmerzhaft geklagten, gleichwohl, wie wir in späteren gigantischen Werken gewahren, heftig ertragenen „Dämon in seinen Ohren“ bringen sollte.

Etwa zehn Jahre danach oder etwas mehr schrieb Beethoven das Streichquartett Opus 74. Es ist als Ausdruck einer durch die Flut glücklichen Lebens und seelischer Größe gekennzeichneten Periode zu bewerten. Obgleich das Schicksal hart an die Fichte klopfte — Beethoven, der gefestigte Mann und zu gewaltigen Sonnenflügen sich aufstreckende Künstler, hat sich in sich selbst zurückgefunden und vermag nun, wenn's sein muß, allen finsternen Mächten zu trotzen. Die strahlende Es-Dur-Tonart, in der dies „Garzenquartett“ gehalten ist, kündigt den Umschwung an. Der Vortrag beider Werke durch das Klingler-Quartett, einfach des höchsten Lobes würdig, gestaltete der Hörerschaft ein künstlerisches und seelisches Miterleben aller jener geheimnisvollen Kräfte, die Beethoven einst in russischer Sprache betwahren hat.

Der Beifall, so gern man geneigt wäre, ihn als Ausdruck spontaner Ergüsse gelten zu lassen, sollte aber küstlich, hat schon zwischen die kurzen Gedankenpausen der einzelnen Sätze geworfen zu werden, besser doch für den Schluß des jeweiligen Werkes auf-

gepaart bleiben. Hier ist er am Platz; anders wirkt er nur störend. Dies wieder zu sagen, erschien uns berechtigt und notwendig. ck.

Die Agrarfrage in Rußland.

Die Frage der Agrarreform, die Verdrängung des Jarmismus, die der Regierung am dringendsten bedarf, hat sich durch die Revolution zu einer Agrarrevolution ausgewachsen. Zugleich ist sie mit der Friedensfrage so eng verflochten, daß sie einen wichtigen Teil derselben ausmacht. Man verzeihe nicht, daß Rußland vorwiegend ein Agrarstaat und dementsprechend die Zusammenlegung des Heeres vorwiegend bäuerlich ist. Und dieses bäuerliche Element will den Frieden, weil es die schleunige Ordnung des Agrarproblems will, das nur durch eine baldige Demobilisierung möglich ist. Wie die Klasse der Bauern sich zur endgültigen Lösung der Agrarfrage stellen wird, ist heute noch nicht ersichtlich, sie bilden aber indirekt durch die Klatsche eine starke Stütze der Maximalisten, weswegen ihr Einfluß auf das Agrarprogramm derselben wohl entscheidend gewesen sein dürfte. Bekanntlich lautete das Programm auf Enteignung und Verstaatlichung des gesamten Grundbesitzes und zwar ohne Entschädigung an die bisherigen Besitzer.

„Isabelita“, das Organ der Arbeiter- und Soldatenräte, enthielt nun vor kurzem das von Lenin erlassene Dekret über die Verteilung des Grund und Bodens in Rußland. Das Dekret bestimmt, daß die Ländereien des Großgrundbesitzes, der Kron- güter, Liegenschaften der Klöster und Kirchen, nebst dem gesamten lebenden und toten Inventar, Gebäuden usw. vorläufig zur Verfügung der Landkommisssionen und Distriktsbauernräte gestellt werden, bis die Volksvertretung in der Agrarfrage eine definitive Entscheidung gefällt hat.

Obgleich das Dekret also lediglich eine vorläufige Regelung enthält, trägt Lenin demselben hinzu, worin seines Erachtens die gerechteste Lösung der Agrarfrage zu bestehen hat: Dahin gehöre in erster Linie die gänzliche Abschaffung des privaten Grundbesitzes für alle Zeit. Alles Land müsse ohne Vergütung enteignet und als gemeinschaftlicher Besitz des Volkes betrachtet werden. Jene, die durch die Enteignung Schäden erlitten hätten, erhielten nur das Recht auf Unterstützung für eine Zeitdauer, die nötig ist, um sich nach einer neuen Existenzmöglichkeit umzusehen.

Die in der Erde verborgenen Mineralien, Erdböden, Steinkohlen, Salze, die Wälder und Wasserläufe müssen in Staatseigentum übergeben.

Jeder Bürger, ohne Unterschied des Geschlechts, erhält das Recht, sich mit dem Landbau zu beschäftigen, sei es unter Mitwirkung von Verwandten oder in Gemeinschaft mit anderen, jedoch nur so lange, als er (oder sie) imstande ist, das Land zu bearbeiten. Sobald das nicht mehr der Fall ist, verfällt das Recht, der Betreffende erhält dann in der Form einer Staatspension seinen weiteren Lebensunterhalt.

Die Form der Bearbeitung des Landes muß nach örtlichen Verhältnissen geregelt werden. Dabei wird es abhängen, ob man es in Einzel- Bauernhöfen oder einer Gemeinshaft solcher oder überhaupt in gemeinsamer Arbeit tun will. Die Gemeinden sollen über die Arbeitsform selbstständig beschließen können. Vor der Benutzung des Landes muß an den Staat eine durch Gesetz zu bestimmende Vergütung bezahlt werden.

Der gesamte Grundbesitz des Staates wird in einem Landfonds vereinigt. Die Verteilung unter die Bearbeiter des Bodens erfolgt durch die zentralen und örtlichen, autonomen Behörden. Diese Verteilung muß periodisch revidiert werden in dem Maße, wie die Bewandung intensiviert wird und die Bevölkerung zunimmt. Die Ländereien von Bauern und Kolonisten, die jetzt bereits im gemeinsamen Besitz bebaut werden, sollen von der Enteignung freibleiben.

Notizen.

— Theater. Da Georg Kaisers Schauspiel „Die Koralle“ nunmehr zur Aufführung freigegeben worden ist, findet die Erstaufführung am Donnerstag in den Kammer- spielen statt.

— Eine freie Aussprache über Theaterkulturfragen veranstaltet der Ortsverband Groß-Berlin des Verbandes zur Förderung deutscher Theaterkultur am 18. Januar abends 7 1/2 Uhr im Weißen Saale der Bühnenmusik, Eingang Köthener Straße 22. Der Eintritt ist frei.

— Die Kunst geht nach Koblenz. Die Stuttgarter Theater- und Konzertsäle nahmen wegen Kohlemangel die Heizung einstellen und haben zum Teil — das Hoftheater voran — geschlossen.

— Die Weltkriegsbücherei, eine Sammlung von Kriegsdruckarbeiten und Kriegsdokumentenschriften aus den verschiedenen kriegführenden und neutralen Ländern, veranstaltet vom 18.—23. Januar eine Ausstellung im Zentral-Institut für Erziehung und Unterricht, Potsdamer Str. 120.

Der Zweck des Kornilowputsches. Ein Geheimtelegramm des früheren russischen Gesandten Koboloff.

Amsterd., 13. Januar. „Zwestija“ veröffentlicht das folgende Geheimtelegramm, das Koboloff, der russische Gesandte in London, während der Regierung Kerenskis verfaßt hat. Wörtlich: In der letzten Zeit hatte ich davon abgesehen, politische Telegramme an Sie zu senden, weil ich es für besser fand, zuerst die Kornilow-Krise vorübergehen zu lassen. Die Kornilow-Sache war meines Erachtens nach nur sensationelle Episode, welche keinen tiefen Eindruck in England zurücklassen wird. Dieses Reich hat viele Sympathien für unsere neue Staatsform und sieht ihre Schwierigkeiten ein. Das gemeinschaftliche Interesse der Entente hat jedoch das Übergewicht, und man versteht auch, daß die russische Armee monatelang nichts für die Entente tun kann, aber man ist überzeugt der Überzeugung, daß die Macht Amerikas diesen Verlust reichlich aufwiegt. Ich erachte es für notwendig, in Rußland politische oder militärische Konferenzen bis auf weiteres hinauszuschieben, weil die Redner, welche dort auftreten, absolut keinen Eindruck im Ausland machen werden. Weiter teile ich Ihnen mit, daß man auch in England und Frankreich des Krieges müde ist. Deshalb muß noch ein neuer Schritt unternommen werden.

Das Telegramm Koboloffs dürfte Wichtigkeit haben als Stütze der Behauptung, daß Kerenski mit Kornilow im Einverständnis war, als dieser seinen Zug gegen Petersburg unternahm.

Die Don-Republik.

Amsterdam, 13. Januar. Einem Bericht der Petersburger Telegraphen-Agentur zufolge ist binnen kurzer Zeit die Bildung einer Republik der Donregion zu erwarten. General Kaledin wird hier vermutlich an der Spitze der Regierung treten.

Kleine Kriegsnachrichten.

Das Ergebnis der siebenten ungarischen Kriegskasse übersteigt nach den endgültigen Feststellungen dreitausendsechshundert Millionen Kronen. Die durch die bisherigen ungarischen Kriegskassen aufgebrauchte Summe beträgt damit über fünfzehn Milliarden.

Die Unbegrenzten.

Fast scheint es, als wäre es dem deutschen Volke beschieden, sich in zwei neue Parteien spalten zu müssen: die Begrenzten und die Unbegrenzten. Seitdem nämlich der „Vorwärts“ geschrieben, daß Vertrauen des deutschen Volkes zu Hindenburg und Ludendorff sei nicht unbegrenzt, sondern begrenzt, nämlich begrenzt auf ihre Eigenschaften als Heerführer, betont auf der anderen Seite ein fast hysterisch anmutender Eifer des Widerpruchs: „Nein, das Vertrauen zu Hindenburg und Ludendorff ist nicht begrenzt, sondern unbegrenzt.“ So erklärt auch der Wochenrundschauber der „Kreuzzeitg.“ mit feierlichem Ernst:

Der „Vorwärts“ findet freilich, daß jeder vernünftige Mensch nur begrenztes Vertrauen zu den Heerführern haben könne, nämlich nur soweit es sich um die Führung der Schlachten handelt. Selten oder nie hat er in größerem Maße das wahre Wesen der deutschen Volkseele verkannt. Das Vertrauen zu Hindenburg und Ludendorff ist unbegrenzt.

Die „Kreuzzeitg.“ vertritt damit eine Auffassung, die — was kein Wunder ist — nicht demokratisch, aber auch nicht monarchistisch ist. Der Demokrat kennt kein unbegrenztes Vertrauen, der Monarchist aber kann unbegrenztes Vertrauen eben nur zum Monarchen haben. Das ist soeben auch dem Landesverein der Deutschen Vaterlandspartei für die Rheinprovinz in eigenartiger Weise zu Bewußtsein gekommen.

Kürzlich schied die Kölner Ortsgruppe der Vaterlandspartei, der Unabhängige Ausschuss für einen deutschen Frieden, und der Altsächsische Verband ein Telegramm an den Kaiser, den Kronprinzen, den Reichstagspräsidenten sowie an Hindenburg und Ludendorff, worin es heißt, daß die hehren Siegesfriedensgestalten von Hindenburg und Ludendorff nicht dunklen Mächten erliegen dürften! „Eure Majestät bejahe wir angesichts der baldigen glücklichen Entscheidung dieses furchtbaren Ringens, das Siegestwerk dieser Männer nicht in letzter Stunde vernichten zu lassen und nur einen Frieden zu schließen, der die Zustimmung Eurer Majestät militärischer Notgeber findet. Mit Gottesbeistand Hindenburg für Kaiser und Reich!“

Jetzt erklärt nun der Landesverein der Deutschen Vaterlandspartei für die Rheinprovinz, daß er diesem Telegramm an den Kaiser durchaus fernstehe. Der Grund ist leicht zu erkennen. Die Vaterlandsparteier sagten sich ganz richtig, daß die Unbegrenztheit ihrer Heidenvergötterung gerade an der Stelle Anstoß erregen mußte, auf die sie wirken wollten.

Damit hat die Tragikomödie der „Unbegrenzten“ begonnen. Sie könnte eines Tages eine läche Wundung zur Posse nehmen, wenn Hindenburg oder Ludendorff etwas sagten oder täten, was nicht in den konservativen Parteikram paßt. Denn die „Unbegrenztheit“ des Vertrauens ist für geringere Mächte doch weiter nichts als Mittel zum eigenen Zweck!

Die Stichwahl in Bauphen.

Ein Dresdener Telegramm der „Frankfurter Zeitung“ meldet: „Bei der Stichwahl in Bauphen-Ramenz wird die fortschrittliche Volkspartei die Wahlsiegerin für die Sozialdemokratie ausgeben.“

Dagegen werden die nationalliberalen Splitter, die vielfach in der Wählerwahl der Fortschrittler wieder noch enthalten sein können, laut Parole für den konservativen stimmen. Die „Nationallib. Anz.“ schreibt: „Es ist, zumal angesichts der Verhandlungen in Vrest-Bitow, jedenfalls nicht der geringste Zweifel daran, daß die nationalliberalen Wähler laut der Parole des nationalliberalen Landesvereins für das Königreich Sachsen für den konservativen Kandidaten eintreten werden.“

Verbot einer Kriegsbeschädigtenversammlung.

Stummer Protest der Kriegsbeschädigten.

In einer gewaltigen Mitgliedereversammlung wollte der Bund der Kriegsbeschädigten und ehemaligen Kriegsteilnehmer am Sonntag gegen die rohe Mißhandlung der Kriegsbeschädigten durch die Vaterlandspartei und gegen die Verschleppung der Wahlreform protestieren. Über 2000 Kriegsbeschädigte waren zu diesem Zweck nach dem Lehrervereinshaus am Alexanderplatz gedrängt, der große Saal erwies sich angesichts dieser

Menge als viel zu klein, aber die Versammlung konnte nicht stattfinden, — sie war vom Polizeipräsidium als angeblich öffentliche Versammlung verboten worden.

Die Demagogie des freikonservativen Abg. Sadeck in der Wahlrechtskommission des Abgeordnetenhauses hat Früchte getragen. Die Kommission kann also nicht nur leeres Stroh drechseln, sie hat ihren ersten „positiven Erfolg“ erzielt. Herr Sadeck hatte unwahrscheinlich angegeben, daß dem Bund der k. u. k. öffentlichen Versammlungen gestattet würden, der Vaterlandspartei dagegen nicht, um so ein Verbot der Bundesversammlung zu erzielen. Dabei handelte es sich hier um eine wirkliche Mitgliederversammlung, während auf der jüngsten „Mitgliederversammlung“ der Vaterlandspartei nach dem öffentlichen Geständnis des Vaterlandsparteilers Martens — er hat das zur Entschuldigung der damaligen Ausschreitungen angeführt — sich unter mehr als 1000 Anwesenden nur 50 Mitglieder der „Vaterlandspartei“ befanden haben. So sieht die „Benachteiligung der Vaterlandspartei“ in der Praxis aus.

Nach Auflösung der Versammlung suchte ein Teil der Erschienenen eine streng geschlossene Mitgliederversammlung in den „Sophienhallen“ abzuhalten. In dieser erschienen noch über tausend Kriegsbeschädigte, aber auch diese zweite Versammlung wurde verboten. Da ertönte aus der Versammlung eine unerwartete Anrede: „Nameraden, wir sind jeder Möglichkeit beraubt, mit Worten gegen die Mißhandlung unserer Kameraden durch die „Vaterlandspartei“ zu protestieren. Ich schlage deshalb vor, daß wir die Bänder unserer Kriegsauszeichnung zum Zeichen des Protestes ablegen und gemeinsam an Herrn Graf Admiral von Titzig als dauerndes Mal der schmerzhaften Tat seiner Anhänger einleiden.“ Während der Verfall folgte den Worten, der Kaiser nahm sein Lebensband herunter, andere folgten dem Beispiel, bald war ein herumgeschickter Hut mit abgelegten Bändern bis an den Rand gefüllt. 225 schwarz-weiße Bänder ergaben sich bei der Auszählung, und zahlreiche Kriegsbeschädigte, die ihre Auszeichnung nicht angelegt hatten, versprachen, noch später zum Zeichen des Protestes ihr Band an die Geschäftsstelle des Bundes, Lindenstr. 114, einzusenden.

Die Kriegsbeschädigten haben durch Ablegung des Bundes nicht auf ihre Auszeichnung verzichtet — das lag ihnen fern —, sie haben aber sagen wollen, daß an der Auszeichnung nichts gelegen sein kann, wenn ihr kriegsverletzter Träger nicht einmal vor rohen Mißhandlungen durch die „Vaterlandspartei“ sicher ist.

Für die „Vaterlandspartei“ eine herbe, aber wohlverdiente Lehre!

Die Beteiligung der Sozialdemokratischen Partei an der Reichstagswahl im Kreise Niederbarnim.

Gestern nachmittags versammelten sich die Delegierten des Wahlkreises Niederbarnim, um zu der durch den Tod des Abg. Stadthagen notwendig gewordenen Reichstagsersatzwahl Stellung zu nehmen. Genosse Hermann Müller eröffnete die Sitzung und gab noch einigen einleitenden Sätzen das Wort dem Genossen Wiffell, der etwa folgendes ausführte:

Die drängenden Forderungen der Zeit lassen sich in die Worte „Frieden, Recht und Freiheit“ zusammenfassen. Aus dem Osten, von wo sich 1914 die Sturmflut der zarischen Ozeanmassen gegen uns heranzog, strahlt heute das Licht des Friedens. Leider ist es noch kein allgemeiner Frieden, wie ihn die deutsche und die russische Sozialdemokratie immer und immer wieder unter der Formel „ohne Annexionen und Kontributionen“ von ihren Regierungen fordern. Jener Frieden, der einzig allein dem Arme ein Ende machen kann. Das Friedensangebot der verbündeten Mächte stellte sich auf den Boden eines Friedens, der die Ehre aller Kriegführenden unangefast läßt. Dieser Vorschlag wurde von den Gegnern als unehrlich abgewiesen, teils wurde das Angebot auch als Zeichen des baldigen Zusammenbruchs der Mittelmächte angesehen. Wenige Zeit später bewiesen die Geheimdokumente, die von der neuen russischen Regierung veröffentlicht wurden, welche eigentliche Absichten sich hinter den Wunden Brasen verborgen. Denn inzwischen hatte in Rußland der Zarismus sein verdientes Schicksal gefunden. Damit war die Friedensfrage entscheidend in Fluß gekommen. Das Programm eines fünfjährigen Friedens, das die Delegation der deutschen Sozialdemokratie mit nach der von den Russen angeregten Stockholmer Konferenz nahm, ist bekannt und hat einen echten guten Klang. Mag hier in Deutschland und auch anderwärts unter dem Spottnamen „Recht“ und „Sozialdemokratiefrieden“ dagegen geläpelt werden, um diese Ziele sammeln sich doch alle, die ehrlich einen baldigen und dauernden Frieden wünschen. Durch die Sabotage der französischen Sozialisten scheiterte dieser Versuch einer Verständigung. Auch die Note des Papstes fand kein Verständnis bei den Verbändmächten, und der nicht mehr „neutrale“ Wilson erkannte die deutsche Regierung nicht als den Willensausdruck des deutschen Volkes an. — Erst die Eraberung der russischen Regierungsgewalt durch die Bolschewiki brachte den Frieden in greifbare Nähe. Aber auch die kaum begonnenen Friedensverhandlungen fanden bald unter düsteren Zeichen, indem die deutschen Unterhändler verstoßen Manegianten vertraten. Unter hellem Jubel der Kriegsheter innen und außen. Die deutsche Regierung untreulich damit zu ihrem und des Volkes Schaden ebenso die Alldeutschen wie einen Lloyd George, Clemenceau und Wilson, insofern sie ihnen Gründe zur Fortsetzung und Propagierung an die Hand lieferte.

Es ist kein Zufall, daß dieselben Leute, die den Verhandlungstisch mit der Faust belastet sehen wollen, auch die hartnäckigsten Verweigerer der politischen Volkrechte sind. Die preussische Wahlrechtsfrage werden sie aber, wenn nicht der schwere Konflikt eintritt, nicht mehr von der Tagesordnung sehen können. Die Volksgemeinschaft kann sich nur auf der Grundlage des gleichen Rechtes dauernd erhalten. Wahr soll es sein, was wir und unsere Soldaten so oft gesungen:

„Einigkeit und Recht und Freiheit
sind des Wäters Unterpfand!“

Lebhafter Beifall lohnte dem Redner. Nach ihm sprach Genosse Müller: Wir stehen vor der Ersatzwahl im Kreise Niederbarnim. Es handelt sich um ein Mandat der sozialdemokratischen Partei. Eine Verständigung mit den Unabhängigen ist gescheitert. Die Aussichten für eine neue Gewinnung des Mandates sind günstig. Wir müssen uns aber mit aller Kraft dafür einsetzen.

Die Beteiligung an der Reichstagswahl und die Aufstellung des Genossen Wiffell wurde einstimmig angenommen. Genosse Wiffell nahm die Wahl an.

Als Wahllokal ist das Bezirkssekretariat bestimmt. Alle Zuschriften sind dahin zu richten.

Groß-Berlin

Der Papiermangel und die Buchdrucker.

Die mangelhafte Versorgung mit Papier hat sich für das Buchdruckgewerbe zu einem Alptraum ausgewachsen, der die Arbeitnehmer des Gewerbes veranlaßt hat, eine Kundgebung in allen größeren Druckorten Deutschlands zu veranstalten.

Der Verein der Berliner Buchdrucker und Schriftsetzer hielt am gestrigen Sonntag eine hart besuchte Versammlung in den Germania-Hallen in der Chausseestraße ab. Der Referent, Gewerkschaftsleiter Rastner, verwies darauf, daß den Buchdruckereibesitzern auf ihre Vorstellungen bei den Behörden Versprechungen wegen andauernder Versorgung mit Papier gemacht, aber nicht gehalten worden seien. Sonst protestierte der Redner dagegen, daß ein den Papiermangel betreffende Eingabe, die das Tarifamt der Buchdrucker an den Reichstagsrat richtete, nicht einmal einer Antwort gewürdigt worden ist. Ferner beklagte der Referent die Folgen, welche die den Papierverbrauch in den Zeitungs- und Buchdruckereien regelnde Verordnung vom 1. Januar 1918 für das Berliner Druckgewerbe haben muß. Der Verbrauch ist auf die Hälfte herabgesetzt, aber selbst dieser Teil ist oft sehr schwer und nicht rechtzeitig zu bekommen. Dadurch ist eine Unsicherheit im ganzen Buchdruckgewerbe entstanden, welche auch die Interessen der Arbeitnehmer erheblich schädigt. Das regelmäßige und pünktliche Erscheinen der Zeitungen ist in Frage gestellt, wodurch also auch die Interessen der Allgemeinheit ungünstig beeinflusst werden. Der Papiermangel hat bereits einen Schleich- und Bettelhandel mit Druckpapier zu Ausbreiten ins Leben gerufen. Wenn diesen Mißständen nicht bald abgeholfen wird, dann ist eine Katastrophe mit unabsehbaren Folgen zu befürchten. Die zuständigen Behörden müssen deshalb für schleunigste Besserung in der Papierversorgung bedacht sein.

In der Diskussion wurde unter anderem ausgeführt, daß es mit der Druckpapierlieferung besser stehen könnte, wenn nicht Papierrohstoffe sowie fertiges Papier zu anderen Zwecken mehr als notwendig verbraucht würde. Die Behörden sollten im Papierverbrauch sparsamer sein und die Presse sollte, erforderlichenfalls durch Nichtveröffentlichung der vielen offiziellen Nachrichten und Artikel, den Protest gegen die Papiernot unterstützen.

Einstimmig wurde die folgende Resolution angenommen:

„Die am Sonntag, den 13. Januar 1918, in den Germania-Hallen, Chausseestr. 110, tagende Versammlung des Vereins der Berliner Buchdrucker und Schriftsetzer, die sich mit der Papiernot in den Zeitungs- und Buchdruckereibesetzern beschäftigt, richtet die dringende Bitte an die verantwortlichen Stellen der Papierlieferung, der drohenden Gefahr eines schließlichen gänzlichen Stillstandes der Berliner Zeitungen und Vertriebsbetriebe dadurch zu begegnen, daß auf schnellstem Wege diesem außerordentlichen Mißstande abgeholfen wird. Die Forderungen, welche die jetzige Zeit zur Aufbringung der Kosten für das tägliche Leben an jeden einzelnen Gehilfen stellt, gestatten auch nicht den kleinsten Lohnausfall. Durch die außerordentliche Einschränkung der Papierversorgung wird aber täglich die Gefahr drohend, daß das Arbeitsgebiet der Gehilfen durch verringerte und dadurch zustande herbeigeführt werden, für die die Gehilfenchaft jede Verantwortung ablehnen muß.“

Die Versammlung wendet sich daher an die mit der Papierlieferung beauftragten Adressaten mit dem dringenden Ersuchen, in dieser schwierigen Zeit für eine dauernde und bessere Besserung mit Papier zu sorgen, damit dem gesamten Buchdruckgewerbe schwere Zeiten erspart bleiben.“

Die Stadtverordnetenwahl im 11. Kommunalwahlbezirk.

Bei der gestrigen Stadtverordnetenwahl im 11. Kommunalwahlbezirk erhielt der Kandidat der sozialdemokratischen Partei, Raichmann, 1018 Stimmen, der Kandidat der Unabhängigen, Varenhain, 1383 Stimmen. Letzterer ist somit gewählt.

Es ist an sich bedauerlich, daß die Wahl zugunsten jener Fraktion ausgefallen ist, die leichtherzigweise die Arbeitergespaltung auf ihre Fahne geschrieben hat, so ist andererseits die hohe Stimmengahl, die Genosse Raichmann auf sich vereinigen konnte, sehr erfreulich. Der Wahlbezirk liegt im Osten Berlins, den die Unabhängigen zu ihren Hochburgen rechnen, und doch erzielte ihr Kandidat dort einen sehr knappen Sieg. Das zeigt deutlich, daß in der Arbeiterklasse des Groß-Berlins ein Prozeß der Selbstbestimmung im Gange ist, der schließlich unserem Ziel, der Einheit der Arbeiterbewegung, zugute kommen muß. Je weiter dieser Prozeß fortschreitet, desto näher wird die notwendige Einheit der Aktionslinie wieder erreicht werden.

Die alte sozialdemokratische Partei, deren Gefährlichkeit im Reich durch die Unabhängigenbewegung nur allzu deutlich geworden ist, hat gestern gezeigt, daß sie auch in Berlin eine Macht geblieben ist. Unter Dampf, die an sich unerfreulich aber unvermeidlich geworden sind, wird sich auch hier die notwendige Entwicklung vollziehen: zur Einordnung in das große Gängel.

Ein Jubiläum im Arbeiter-Turnerbund.

Fünfundzwanzig Jahre besteht jetzt die Arbeitsorganisation Brandenburg vom Arbeiter-Turnerbund. Am gestrigen Sonntag veranstaltete sie in Berlin eine Gedenkfeier, an der die Arbeiterturnvereine Groß-Berlins und Abordnungen von Arbeiterturnvereinen der Provinz Brandenburg teilnahmen.

Ewige Feindschaft und endlosen Krieg will die Vaterlandspartei —

Berständigung und baldigen Frieden

erstreben wir, die Sozialdemokraten!

Wer sich darin mit uns einig weiß, der unterstütze die Partei in ihrem Kampf um die schnelle Beendigung des Völkermordens und werde Mitglied der Organisation! Zu diesem Zwecke sende man nachstehenden Schein ausgefüllt an Ch. Fischer, Berlin SW. 63, Lindenstraße 3.

Ich erkläre hiermit meinen Beitritt zur „Sozialdemokratischen Partei Deutschlands“.

Name: _____

Beruf: _____

Genaue Adresse: _____

